



Regierungsratsbeschluss vom 17. August 2021

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der
Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes); Vernehmlassung

P210604

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).

Begründung

Eine effiziente und massvolle Regulierung ist ein wichtiger Faktor für die Standortattraktivität der Schweiz. Mit der Einführung einer Regulierungsbremse in Form eines «qualifizierten Mehrs» in beiden Kammern des Bundesparlaments soll eine institutionelle Hürde eingebaut werden, um die Regulierungskosten einzudämmen. In der Vernehmlassung lehnt der Regierungsrat dieses Instrument ab. Die Regulierungsbremse führt zu einer Ungleichbehandlung von wirtschaftlichen und beispielsweise Umwelt- und gesellschaftlichen Themen. Der Regierungsrat gibt deshalb anderen Instrumenten, wie dem gleichzeitig in Vernehmlassung gegebenen Unternehmensentlastungsgesetz, den Vorrang.

